

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauschrift: Tageblatt Riesa.  
Heftzettel Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsstaatsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststelle Dresden 1330  
Telefon Riesa Nr. 52.

Nr. 167.

Donnerstag, 20. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Bezugserlohn. Einzelnummer 1,75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Gründchrif-Zeile (6 Silben) 3.— Mark; geizraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachverfügung und Vermittelungsgebühr 1,50 Mark. Keine Zölle. Mindestlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsschullage "Gräbler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Streik oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Vertriebes der Druckerei, der Versandkosten oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestr. 59. Verantwortlich für Redaktion: W. F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Vittrich, Riesa.

## Deutschland und der Völkerbund.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass von Seiten der deutschen Regierung in längster Zeit wieder, wenn auch inoffiziell, mit Angehörigen der englischen Gesandtschaft in Berlin über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund Diskussion genommen worden ist. Abgesehen von dem Widerstand Frankreichs gegen einen solchen Schritt Deutschlands, scheint diese Frage durchaus noch nicht zur Beschlussfassung reif zu sein. Der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt ist geradezu ein Name auf seinen Namen. Er steht nichts anderes dar als ein Ausführungsorgan des Reichskriegsministeriums. Rechtsbruch hat er auf Rechtsbruch gebaut. Von der "Verwaltung" der Kolonien über die Entsiedelung in Capo-Malmedy, die Schwangschaftszeit im Saargebiet, die Nichtachtung des deutschen Protektors gegen die Fortdauer der Besetzung von Düsseldorf und Duisburg bis zur übersichtlichen Entscheidung hin, dass dieser sogenannte Völkerbund beweisen darf, dass er nur ein Geist ist: die Wünsche der Pariser Staatsmänner. Deutschland würde, solange die enge Verbindung zwischen dem Versailler Friedensbund und dem unglückseligen Völkerbundsgesilde besteht, eine geradezu klägliche Rolle in dieser Verfolgung der örtlichen Völker spielen. So ist es selbst das heutige Deutschland noch nicht gefunden, dass es die Erlaubnis zu dieser Ohnmachtrolle als eine Gnade anzusehen hat. Da nicht der Völkerbund von Grund aus umgestaltet ist, gestattet es einfach die Würde des deutschen Reiches nicht, weiterhin an die verschlossene Worte zu pochen, selbst wenn, wie jetzt behauptet wird, der auftretende Völkerbundsrat aus irgendeinem Hintergrund heraus uns zuwinkt.

### Aus der Sitzung des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat hat den eingehenden Bericht des Botschafters Ibbi entgegen genommen und in einer öffentlichen Sitzung die Entwicklung des S-Mandats genehmigt, indem er nur die von dem Redaktionsausschuss vorgelegten Änderungen vornahm, um sie mit den im März 1921 genehmigten S-Mandaten in Übereinstimmung zu bringen. Palfour erklärte, bei den Verhandlungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten wurde besaglich des Palästina-Mandats volles Einvernehmen erzielt. In der Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates wurde entsprechend einem Erlass der französischen Regierung beschlossen, von dem internationalen Gerichtshof ein Gutachten über das internationale Arbeitsamt und seine Zuständigkeit in wirtschaftlichen Angelegenheiten einzuordnen. Den letzten Punkt der vorgetragenen Erörterung bildete die Forderung der bulgarischen Regierung an den Völkerbundsrat, eine Unterkommission zu ernennen, um die bestreiten Griechenlands, Rumäniens und Serbiens über Einsätze von bewaffneten bulgarischen Banden zu untersuchen. Die Vertreter der vier Mächte nahmen an den Verhandlungen über diese Frage teil. Der bulgarische Vertreter bestritt nicht das Vorhandensein der Banden, erklärte aber, es fehle der Regierung an ausreichender Kraft, um sie zu unterdrücken. Nachdem der Vertreter der anderen drei Länder die beteiligten Mächte auf die Gefahr der Lage hingewiesen hatte, erfuhr der Völkerbundsrat den Botschafter Ibbi, einen Bericht über die Lage ausarbeiten, damit dann im Laufe der weiteren Beratung ein Schluss gesetzt werden könnte.

### Die Ablehnung eines Regierungskommittäts verlangt.

Die politischen Parteien des Saargebietes, die Deutsche Demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Liberale Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei, sowie die diesen Parteien angehörenden Mitglieder des Landesrates richteten folgendes Schreiben an den Völkerbundsrat in Genf: Die Regierungskommission des Saargebietes hat wiederholt dem Bunde Ausdruck gegeben, mit der Bevölkerung in geheimer Weise zusammenzuarbeiten. Auch die Bevölkerung hat den gleichen Wunsch. Ein wesentliches Hindernis für dieses geheime Zusammensetzen bildet das sozialistische Mitglied der Regierungskommission, Herr Dr. Hector. Dieser besteht in der Bevölkerung gar kein Vertrauen, im Gegenteil lehnt ihn die Bevölkerung entschieden ab. Zur Errichtung eines guten Zusammenarbeitens der Regierungskommission mit der Bevölkerung hätten daher die unterzeichneten politischen Parteien und die von diesen gewählten Mitglieder des Landesrates, die in diesem 26 von 30 Sitzen inne haben, einen hohen Völkerbundsrat, Herrn Dr. Hector im Herbst dieses Jahres nicht mehr zu bestätigen und an seiner Stelle einen Mann zu ernennen, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt. Deshalb sprechen wir die Bitte aus, der Bevölkerung des Saargebietes zu gefallen, dass sie einem hohen Völkerbundsrat Männer ihres Vertrauens zur Erneuerung vorstellt. Unser Antrag geht dahin, dass dieser Vorschlag im Einklang mit den demokratischen Grundsätzen das Ergebnis einer gemeinsamen Abstimmung der Bevölkerung sein möge. Wenn eine Abstimmung der Gesamtbevölkerung in der kurzen Zeit bis zur Erneuerung des Saargebiet-Mitgliedes nicht mehr möglich sein sollte, so bitten wir wenigstens, Vorschläge des Landesrates des Saargebietes anhören zu wollen.

## Die Vereinbarungen mit dem Garantieausstausch.

Verschiedene Pariser Zeitungen veröffentlichten eine Mitteilung, dass zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Garantiekomitee ein volles Einverständnis hergestellt worden sei. Es sei zwischen ihnen vereinbart worden:

1. Das Garantiekomitee wird die gesamten Einnahmen Deutschlands kontrollieren und auch die Ausgaben, bevor diese vom Reichstage beschlossen werden sind. Es wird sie auch im Augenblick der Bevölkerung nachstellen.

2. Alle finanziellen und wirtschaftlichen Statistiken werden dem Garantiekomitee zur Verfügung übergeben.

3. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, das Garantiekomitee fortlaufend über den jeweiligen Stand der schwedischen Schulden Deutschlands auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Bericht im Auswärtigen Amtshaus.

Der Reichsfinanzminister Hermann berichtet im Auswärtigen Amtshaus über den Inhalt der Forderungen der Garantiekommission. Die "P. S. am Mittag" erklärt, feststellen zu können, dass das Gericht, die Garantiekommission hätte die Bewilligung der von der deutschen Regierung verlangten Einstellung der Goldzahlung von der pfandlosen Überlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmen abhängig gemacht, falsch ist. Der Auswärtige Amtshaus verteidigte die Ausdrucksweise über den Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Hermann, betreffend die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee, bis zur nächsten Sitzung am Freitag, um den gedruckten Bericht über diese Verhandlungen in Händen zu haben.

### Die erste offizielle Sitzung.

Die Reparationskommission ist für Donnerstag nachmittag zu einer offiziellen Sitzung einzuberufen. Die Tagesordnung weist zwei Punkte auf und zwar die Entgegennahme eines Berichts über die Verhandlungen des Garantiekomitees in Berlin und die Beantwortung der dritten Denkschrift über die Reparationszahlungen.

Der "Tempo" für ein kurzes Moratorium.

Der "Tempo" schreibt in seinem Leitartikel nach einer Kritik des deutschen Finanzministers: Wenn es zur Durchführung der ersten finanziellen Reformen und zur Sicherstellung der Pfänder unbedingt notwendig erscheint, eine oder höchstens zwei der Zahlungen Deutschlands anzuschicken, so wird es zweifellos am Platze sein, ihm ein ganz kurzes Moratorium zu gewähren. Aber der Aufschub der Zahlungen müsste von der gleichzeitigen Durchführung der verlangten Reformen und von der Organisation einer mit allen notwendigen Vollmachten ausgestatteten Kontrolle abhängig gemacht werden. Ferner müsste die Reparationskommission im Laufe dieses ganz kurzen Zeitraumes eine etwaige Verfehlung Deutschlands feststellen und die Feststellungen begründen. Wenn dann nicht sämtliche Verpflichtungen eingehalten würden, dann würden die alliierten Regierungen am besten kollektiv, wenn nötig aber auch einzeln handeln.

Für Verhandlungen der verbündeten Regierungen.

Der Pariser Korrespondent der "Times" schreibt: In der französischen öffentlichen Meinung findet die Auffassung große Verbreitung, dass es besser wäre, wenn die verbündeten Regierungen mit einander vereinbart würden, bevor es zu einer offiziellen Sitzung in der Reparationskommission komme. Sollte eine solche einmal eintreten, so würde es für die führenden Staatsmänner der beiden Länder, Vionnet und Lloyd George, schwierig sein, sich zu verständigen. Der Korrespondent nimmt das Gerede über ein eventuelles Auscheiden Frankreichs aus der Reparationskommission nicht ernst, meint aber, es wäre sehr zu bedauern, wenn Dubois in der Kommission wieder isoliert werden würde.

Großbritanniens Schärlichkeit.

Lloyd George hielt anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürgert der Stadt Überwitz eine Rede, in der er u. a. sagte, niemals habe die Welt in ihrer Geschichte einen so schweren Fall für einen Krieg geglaubt wie für den letzten. Ob er zu schwer gewesen sei, das hängt davon ab, welchen Wert man der menschlichen Freiheit beimessen. Eine derartige Sündflut werde aber niemals wieder über die Welt hereinbrechen. Hätte England damals beiseitegestanden, so würde ein annäherndes, rücksichtloses militärisches Recht Europa beherrscht haben. Frankreich und Russland hätten dann am Boden gelegen, und der europäische Kontinent und seine nationalen Freiheiten würden von einer eisernen Kette mit Russen getrennt werden. Großbritannien wäre noch eine Weile am Leben geblieben, denn Gott habe ihnen die See gegeben, die das Land wie einen Burggraben umgibt, den keine Macht überstritten haben würde. Aber Großbritannien würde einem anmauernden Feind leichter verfallen als einem anmauernden Feind Europas gegenüber gestanden haben. Es hätte alle Kräfte für den Augenblick des Entscheidungskampfes sammeln müssen. Eine solche Gefahr werde nicht wiederkehren. Da für zu sorgen sei im Augenblick die nächste Aufgabe der Staatsmänner. Großbritannien stellt seine erlöschenden Hilfsquellen wieder her. Es zeige eine Beharrlichkeit wie nie zuvor. Es werde die Schwierigkeiten überwinden und in den nächsten Jahren stärker sein als je zuvor. Aber man dürfe nicht vergessen, dass der Frieden unentbehrlich sei. Die Friedensfreunde, die jetzt viel zu sehr zerstreut seien, müssten für den Frieden zusammenarbeiten. Es gäbe heute Kräfte, die es notwendig machen, dass die Freunde des Friedens eine unbedingtbare Phalanx bildeten. Hierbei müssten alle mithelfen.

Der Botschafter Lord Birkenhead

sagte in einer Rede, die Civilisation Europas und die Wohlhabenheit Englands könne nicht wieder hergestellt werden, wenn es nicht in der einen oder anderen Weise möglich wäre, dass Deutschland einen Beitrag im Interesse des ganzen Europas und des europäischen Handels leiste. Er teilte niemals die Auffassung der Freude, welche behaupten, das Sinken der Mark beruhe auf einer ausgeschlüsselten Berechnung von Seiten der Deutschen. Das Sinken der Mark sei in hohem Maße das Ergebnis der nationalen Finanzpolitik. Man werde aber einen großen Preis bezahlen, wenn man sich nicht die außerordentlichen Schwierigkeiten klar mache, vor denen die deutsche Regierung in den letzten Jahren gestanden habe. Er persönlich hoffe, dass es möglich sein werde, dass diejenigen, die im letzten Kriege Alliierte waren und

die im gegenwärtigen Augenblick die Verantwortung für die in der nächsten Zukunft zu ergreifenden Maßnahmen tragen, eine Lösung finden werden, die es ermögliche, dass Deutschland eine bedeutende Strafsumme zahle, ohne dass es dabei in eine Lage käme, die letzten Endes jede Zahlung unmöglich machen würde.

### Eine Konferenz in Paris.

Der Direktor für private Güter und Interessen im französischen Ministerium des Innern hat eine Konferenz der Direktoren der entsprechenden Stellen bei den alliierten Regierungen angefragt. Diese soll am 25. Juli in Paris stattfinden. Anlass dazu ist, wie Dumas mitteilt, das deutsche Schicksal um eine Herabsetzung der monatlichen Haushaltzahlung auf Grund des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 für den Ausgleich der deutschen Schulden und Forderungen.

### Ein Verlangen Nollets.

General Nollet verlangte seit langem eine Statistik über das gesamte deutsche Kriegsmaterial, welches nach Abschluss des Waffenstillstandes sich noch in unserem Besitz befindet. Er braucht dies zum Vergleich damit, was abgeliefert worden sei. Dazu teilt die zuständige Stelle mit: Wir haben ihm immer wieder erklärt, dass eine solche Statistik in zuverlässiger Weise nicht aufgemacht werden kann. Denn wir wissen nicht, was damals im Besitz der deutschen Stellen vorhanden gewesen ist und was während der Rückzüge im Westen und Osten verloren gegangen oder in die Hände der Zivilbevölkerung fallen. Ein Kontrolloffizier fand im Spandauer Archiv Akten der früheren Abnahmekommission vor. Er glaubte, dass diese Akten als Unterlage für die Statistik von Bedeutung sein könnten und verlangte deren Durchsicht. Auf seinen Wunsch folgte ihm der zuständige deutsche Offizier dies zu. Die Akten sollten bis zum nächsten Tage liegen bleiben. Anschliessend hatte das Reichsarmyministerium eine Unterredung über den Fall Nollet eingeleitet und die Beschaffung dieser Akten nach Berlin schon vor dem Besuch des Kontrolloffiziers eingefordert. Gerade an diesem Tage kam der Befehl, die Akten nach Berlin zu schaffen. Der Kontrolloffizier fand sie also am nächsten Tage nicht mehr vor, worin Nollet einen Vorwand erblickt, ihm die Akten zu entziehen. Die Akten können in Paris eingesehen werden. Wenn die Kontrollkommission überhaupt das Recht hat, Akten zu verlangen, was abgesehen von diesem Fall, diesbezüglich grundlegend bestimmt wird, so konkretisiert Nollet natürlich einen neuen Verhandlungsfall. Unter Umständen geht aber seit langem dahin, der Kontrollkommission nach Möglichkeit seinerlei Schwierigkeiten zu machen.

### Zur Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Die Befreiungen im Reichstag zwischen den Führern des Zentrums, der deutschen Volkspartei und der demokratischen Partei stellten erneut eine grundlegende Vereinbarung der Parteien über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fest. Die deutsche Volkspartei trat für die Einbeziehung der bürgerlichen Volkspartei ein und es bestand auch Einigkeit darüber, dass der bürgerlichen Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offenstehe. Diese Partei verbandet auf dem demnächst abzuhaltenden Parteitag darüber. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst zu ihrer praktischen Auswirkung gelangen, wenn der Reichstag wieder versammelt sein wird. Eine offizielle Erklärung der drei bürgerlichen Parteien steht bevor.

### Besserung im Reichsbahnhauptsatz.

Der Abschluss des ordentlichen Haushaltes der Reichsbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarden und eine Ausgabe von rund 52 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich mitin auf 6,9 Milliarden, das ist gegenüber dem Haushaltssatz 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 8,9 Milliarden und gegen den Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,6 Milliarden eine Verbesserung um 8,7 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag ist also geringer als nach der vom Reichsverkehrsminister bekanntgegebenen Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits den Tarifverbesserungen, der günstigen Verkehrsgestaltung und der sozialen Erfassung aller sonstigen Einnahmequellen, andererseits den Erfolgen auf dem Gebiete der Ausbauswirtschaft zu danken.

### Bon der Haager Konferenz.

Gestern nachmittag sind die Präsidenten der russischen Kommissionen zusammengetreten, um über den eigenen Aufstand zu beraten. Am Prinzip wurde beschlossen, den nichtrussischen Kommissionen vorzuschlagen, die neuen Instrumente aus Moskau abzuwarten, um die Forderungen zu revidieren, welche am Montag Litvinoff übermittelt worden sind.

Das wichtigste der neuen Vage ist, dass die französischen und die belgischen Delegierten in der geläufigen vollzähligen Konferenz tatsächlich dabei geblieben sind, dass es keinen Zweck habe, weiter zu verhandeln und dass die Konferenz beendet werden müsse, während der britische Delegierte die Vorschläge Litvinoffs als sehr wichtig betrachtet und bereit ist, der russischen Delegation entgegenzukommen.

In der gestrigen vollzähligen Sitzung der Konferenz hat Litvinoff vorgeschlagen, den russischen Delegationen Gelegenheit zu bieten, sich mehr mit der russischen Regierung in Moskau in Verbindung zu setzen, um die nachstehenden neuen Vorschläge zu unterbreiten: 1. dass die Türken die russische Sowjetregierung anerkennen; 2. den tatsächlichen Schadensersatz zu leisten für Privatgegenstände, welche von

der russischen Regierung nationalisiert worden sind, das heißt, daß die Zahlungsbedingungen für die Türken und die Schadenderabbedingungen entweder durch Konventionen oder eben auf andere Weise von der russischen Regierung zur Regelung überwiegen werden und zwar innerhalb einer Zeit von zwei Jahren. In seiner Erwidlung legte Litvinoff auseinander, daß es notwendig sei, daß der russischen Delegation wegen dieser Vorschläge Rücksprache mit der russischen Regierung in Moskau nimmt, weil die Delegation die Verantwortung nicht auf sich nehmen kann. Die russische Delegation sei nach dem Haag gekommen in der Voransetzung, daß über die Frage der Kredite verhandelt werden soll. Litvinoff verbreitete sich dann noch länger über die Verhandlungen, unter denen die russische Delegation zu Verhandlungen bereit war. Lord Greame bißt die Erklärungen Litvinoffs für sehr wichtig, während Krafft erklärte, daß dies nicht der Fall sei und er keine neue Perspektive eröffnen könne. Präsident Poincaré fragte Litvinoff darauf, wie viel Zeit er brauche, um sich mit Moskau zu verständigen. Litvinoff erwiderte, vielleicht einige Tage, vielleicht länger, aber höchstens eine Woche. Die Verhandlungen würden dann abgeschlossen, ohne daß betreffs der Vorschläge der russischen Delegation eine Entscheidung getroffen worden wäre.

### Über das Ende der Rathenaumöder

wird noch folgendes gemeldet: Kern erschöpft sich nicht selbst, er wurde vielmehr von Beamten der Dallischen Polizei erschossen, die sich durch die Reparationsforderungen der Mörder bedroht fühlten und deshalb nach den Fenstern hinausflossen. Eine Kugel durchschlug die Schädeldecke Kerns. Er muß sofort zu Boden gestürzt sein. Keiner leute ihn daraufhin auf das Bett und suchte das Blut zu stillen. Kern verstarb jedoch ohne das Vermögen wieder erlangt zu haben. Das mag sicher so deprimiert haben, daß er die Waffe gegen sich selbst richtete und sich den Tod gab. Der Jubel der Rückländer ließte schon gewisse Anhaltspunkte für die Erwähnung ihres Aufenthalts seit der Flucht aus Lenzburg. Eine vierstellige Beispieldweise weist auf den kleinen Ort Lüchow in der Gegend von Gardelegen hin. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums hielten auch andere Orte bereit. Wo und bei welcher Gelegenheit Kern einen Schrotzschuß erhielt, dessen Spuren sich an der Leiche zeigen, steht noch nicht fest.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

**Verboten.** Nach einer amtlichen Meldung hat der Polizeipräsident von Berlin die von Eduard Stadler herausgegebene Zeitschrift „Gewissen“ auf die Dauer von sechs Monaten verboten. — Der Oberpräsident in Königsberg hat das „Überländer-Volksblatt“ in Preußisch Holland wegen eines Artikels „Die Unbeliebaren“, der eine öffentliche Beschimpfung der republikanischen Staatsform und der Regierung enthalte, auf drei Wochen verboten.

**Abstimmung über das Schutzgesetz.** Vom „Vorwärts“ haben in der letzten Reichstagssitzung für das Gesetz zum Schutz der Republik gestimmt: die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum. Das gegen die Deutschenationalen, die Kommunisten, die Bavarische Volkspartei, die Welfen und den Bavarischen Bauernbund mit Ausnahme seines Provinzialverbands Reichsernährungsminister Reh. Ein großer Stich ging durch die Deutsche Volkspartei. Ein großer Teil stimmte für das Gesetz, die anderen haben sich teils der Stimme enthalten, teils nicht an der Abstimmung beteiligt. Bei der Abstimmung über das Gesetz über die Pflichten der Beamten stimmten die Kommunisten, die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum dafür, die Deutschenationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bavarische Volkspartei, der Bavarische Bauernbund und die Welfen dagegen.

**Abstimmung in Bayern.** Der Ministerrat ist am Mittwochvormittag zu einer langdauernden Beratung zusammengetreten, der auch der bairische Landtag in Berlin beiwohnte. Eine amtliche Mitteilung des Ergebnisses läuft kaum zu erwarten sein, bevor die Parteitags und namentlich der Parteidag der Bavarischen Volkspartei, der am Freitag stattfindet, geworben haben. Gedacht ist anzunehmen, daß die Regierung auf ihrem bisherigen Standpunkt verharzt und davon die Koalition verändert wird. Die Regierung hat ein Urteil des Justizministers eingeholt. Für die Abstimmung in Bayern ist bemerkenswert, daß auch die „Bavarische Volkszeitung“ in Nürnberg, die bisher dem Reichszentrum nahestanden, entschieden gegen die Gleichsetzung zum Schutze der Republik Front macht und erklärt, eine Anerkennung wäre der Tod der Bavarischen Volkspartei. Auch der Bauernbund hat nunmehr einen Parteidag einberufen. Die Bemühungen, sich auf einer militärischen Linie mit der Reichsregierung zu einigen, dauern immer noch an, sind noch Annahme der Gesetze im Reichstag immer aussichtsloser geworden. Die Entscheidung des Volkes durch Auflösung des Landtages und durch Neuwahlen dürfte unvermeidbar sein.

**Ein kommunistischer Kreischaufall.** Der Führer der kommunistischen Landtagsfraktion in Thüringen, Volkschultheiß Tenner in Sondershausen bei Gotha, ist vom Minister für Volksbildung zum kommunistischen Kreischaufall im Schulamtsbezirk Weimar ernannt worden. Tenner ist der erste Kommunist in einer höheren Schulstelle Thüringens.

**Das preußische Staatsministerium beschließt,** den Regierungspräsidenten Dr. Juchs-Trier zum kommissarischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu bestellen. Die gleiche Stellung beschließt, die folgenden Regierungspräsidenten aus allgemein politischen Gründen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen: v. Gersdorff-Werderburg, v. Schmelzing-Stettin, v. Gröning-Coblenz, Freiherr v. Dahlwitz-Lichtenfels-Norden, v. Heppen-Aurich, Graf Werneke-Wünster und Dr. Antschler-Hildesheim. Der Regierungsbezirk Merseburg ist mit dem sozialdemokratischen Landrat Bergmann besetzt worden. Das Innensenministerium ist entschlossen, die Entschließung des Landtages, wonach die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden sollen, zur Durchführung zu bringen. Das nächste Eingreifen dürfte sich auf die Bezeichnung einer größeren Anzahl von Landratsämtern in Ostpreußen beziehen.

**Eine Oderkommission.** In Swinemünde trat die Interalliierte Oderkommission zu einer Tagung zusammen, auf der eine Oderfahrtssatz vereinbart werden soll. Deutschland ist dabei durch drei Delegierte vertreten. Die materiellen Beratungen begannen mit der Umgrenzung des Stromgebietes der Oder, worauf sich die Oberalte beziehen soll.

**Zur Großhamburger Frage.** Reichsminister Dr. Röster hat den Morgenblättern aufgefordert in Beantwortung des Schreibens des Hamburger Senats über die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg in der Großhamburger Frage dem Hamburger Senat mitgeteilt, daß er versuchen wolle, eine Einigung zwischen Hamburg und Preußen herbeizuführen.

**Der Gewerkschaftenstreit.** Als gestern mittag der Dampfer „Swinemünde“ die Fahrt in Stettin nach Swinemünde antreten wollte, erschien ein Zug von Streikenden mit einer roten Fahne am Anlegerplatz des Dampfers und verfuhr das Schiffpersonal zum Niederlegen der Arbeit zu überreden. Die Streikenden erreichten auch, daß mehrere Dampfer den Dampfer verließen, sobald dieser nicht absfahren

könnte. Wie der „Stettiner Generalanzeiger“ meldet, wurde dazu von der Technischen Notfalls Hilfspersonal zur Verfügung gestellt, sodass der Dampfer abends ausfahren konnte. Der regelmäßige Betrieb Stettin-Swinemünde wird auch weiterhin mit Unterstützung der Technischen Notfalls durchgeführt werden.

**Festierung fürstlicher Hoheitszeichen.** Das thüringische Ministerium veröffentlicht folgenden Erlass: Wir ordnen hiermit an, daß an den öffentlichen Gebäuden des Landes bis zum 1. 12. 22 die Abzeichen des monarchischen Systems sofern ausnahmslos zu entfernen sind, als bei diesen Abzeichen die Fäule prohberauchlich, herziglich und lästig angewendet sind. Der Erlass wendet sich weiter an die Bevölkerung mit der Aufforderung zur Entfernung aller noch vorhandenen Bilder und Bildern usw. aus der Zeit des früheren Regimes.

**Reaktionen gegen bayerische Vorwürfe.** Der Vertreter der Reichsregierung in München, Graf von Beck, hat der Korrespondenz Hoffmann eine Veröffentlichung eines gestern im Bayerischen Kurier abgedruckten Artikels „Das Mißtrauen des Reiches gegen Bayern und sein Urtheil“ angehören lassen, die besagt: 1) es sei nicht richtig, daß er mit Propaganda während dessen Wirken in München in einem engen literarischen und sonstigen Verlebte gestanden habe. Propaganda sei als Vertreter der Süddeutschen Presse bei ihm eingeschüchtert worden. Graf Beck habe ihm höchstens sechs bis sieben Mal geschenkt, höchstens sechs oft mit ihm telefoniert und ihm einmal geschrieben, um eine Bitte um finanzielle Unterstützung abzuholen; 2) es sei nicht richtig, daß Graf Beck Stimmungsberichte Propagandas nach Berlin weitergeleitet habe. Er habe vielmehr die politischen Ausschreibungen Propagandas für so erfolglos angesehen, daß er nie gedacht habe, sie nach Berlin weiterzugeben; 3) es erfülle sich, auf die anderen Behauptungen des Bayerischen Kuriers einzugehen, die er auf Aussagen Propagandas, eines wegen Hochverrats verurteilten Menschen, stütze.

**Wenn nicht in Preußen, dann in Bayern.** Der Studentenstag, dessen Abhaltung in Marburg vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau verboten worden war, ist den „Staats-Nachrichten“ zufolge nach Würzburg verlegt worden, wo er am 21. Juli stattfinden soll.

#### Polen.

**Das Kabinett Morawsky.** Einer Meldung der „Gazeta Polska“ zufolge hat vorgestern abend Morawsky das Kabinett zustande gebracht. Das Kabinett sieht sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Morawsky, Außenminister Skłodowski, Finanzminister Goryń, Michalsky, Kriegsminister Słonimski, Handelsminister Straßburger, Reichsminister Agnieszko, Bildungsminister Professor Godlewski, Landwirtschaftsminister Blinski, Minister für öffentliche Arbeiten Nacharski, Post- und Telegraphenminister Dobrowski, Gesundheitsminister Stanislaw, Innensenminister Woyciechowski, Geistlicher Schuš und Eisenbahnen noch unbekannt.

#### Republik Österreich.

**Österreichisch-russische Handelsbeziehungen.** Wie der bevollmächtigte Vertreter der russischen Sowjetrepublik in Wien mitteilt, beginnen demnächst Verhandlungen über den Ausbau der österreichisch-russischen Handelsbeziehungen. Es ist eine Parakonvention für österreichische Geschäftsführer und andere Interessen in Russland, die Gründung gemeinsamer Handels- und Industriegesellschaften und die Belebung des Finanzverkehrs zwischen den beiden Staaten geplant.

**Teuerungs-Demonstration.** In Wien versammelten sich vor dem Parlament gegen tausend Arbeiter und Arbeiterinnen, um gegen die Preiserhöhung zu demonstrieren. Viele Geschäfte im Stadtinneren sind geschlossen. **Ungarischer Einfall im Burgenland.** Der Grenzort Nagyvárad im südlichen Burgenland wurde in der Nacht auf gestern von ungarnischen, mit Gewehren und Maschinengewehren und Handgranaten bewaffneten Truppen überfallen. Die Bundesstruppen wichen nach aussichtslosem Feuerkampf die ungarischen Banden zurück. Die österreichische Regierung hat die notwendigen diplomatischen Schritte eingeleitet, um einen Verlust einer neuerlichen Bevölkerung des Burgenlandes abzuwehren.

#### Das Kabinett ist zurückgetreten.

#### Ausland.

**Zum Tode verurteilt.** Steiner meldet aus Riga: Nach Berichten aus Moskau ist Erzbischof Anatoly zum Tode verurteilt worden, weil er sich geweigert hat, den Sowjetbehörden Kirchenschäfe auszuliefern.

#### Amerika.

**Der amerikanische Streik.** Der Streik der amerikanischen Eisenbahnarbeiter hat insofern eine Besserung erfahren, daß die Werkstattarbeiter der transkontinentalen Eisenbahnen sich mit der Direktion über die Lohnfragen verständigt und in Stärke von etwa 48 000 Mann die Arbeit wieder aufgenommen haben. Im Grubenarbeiterstreik ordnete Präsident Harding die Einführung eines Schiedsgerichtes an. Der Sozialistensührer Debs fordert in einem Aufruf alle Amerikaner zu einem Sympathiestreik für die streikenden Eisenbahnarbeiter auf, um ihren Forderungen besondere Nachdruck zu geben.

### Örtliches und Sächsisches.

Miela, den 20. Juli 1922.

**\* Staatliche Bahntechniker-Prüfung.** Der hier, Kaiser-Wilhelm-Platz 2, seit zwei Jahren die Bahnpraxis ausübende Herr Dentist Friedrich Wilhelm Glind hat am 14. Juli 1922 vor dem Prüfungsausschuss für die Staatliche Prüfung der Bahntechniker in Magdeburg die in der Bekanntmachung des Preußischen Herrenministers des Innern vom 14. Oktober 1920 auf Grund des § 1, Abs. 5 der Prüfungsbestimmungen zu § 123 der Reichsverfassungsordnung vom 2. Dezember 1918 vor geschriebene Prüfung mit Erfolg bestanden.

**\* Der Stahlhelm der Reichswehr.** Auf Anregung mehrerer Landeskreistypographen hat sich das Reichswehrministerium damit einverstanden erklärt, daß neuerdings auch auf dem Stahlhelm der Reichswehr ein landsmannschaftliches Abzeichen getragen wird. Es besteht aus einem kleinen an der linken Seite des Stahlhelmes aufgemalten Wappenschild in den Farben des betreffenden Landes.

**\* Nationalfeiertag zum Gedächtnis der Gefallenen.** Der Volkskundliche Verein für Sachsen hat in einer Eingabe an den deutschen Reichstag beantragt, als Gedächtnistag für die Gefallenen den Johannistag (24. Juni, der in Sachsen in vielen Kreisen bereits als Totengedenktag gewertet wird), zum staatlich anerkannten Feiertag für das Deutsche Reich zu erheben.

**\* Die Gemeinde reformiert.** Der Landtagsausschuss für die Gemeindereform lehnte gestern seine Beratungen beim Abschnitt Staatsaufsicht fort. Es sind dies die Paragraphen 100 bis 170, die meistens nach der Vorlage angenommen wurden. Der Mitarbeiterhälter Abg. Dr. Hößleman (D. W.) stellte eine Anzahl Anträge, die die Selbständigkeit der Gemeinden, insbesondere die Erhaltung der geschichtlich gewordenen Sonderverfassung der residirten Städte und die Sicherung ihrer Selbstverwaltung betrafen. Sie wurden fast durchweg abgelehnt. Im Abschnitt Bezirksoberbänke bestimmt der ohne Ausprache angenommene § 100, daß die Bezirke der staatlichen Amtshauptmannschaften bis auf weiteres als Bezirksoberbänke beibehalten bleiben. § 100 weist den Bezirksoberbänken die Überenahme der Wohlfahrtsarbeit zu. Ein Antrag Dr.

Hößleman will diese Aufgabe den Bezirksoberbänken neben den bisherigen selbständigen Pflegebeamten übertragen, während die Regierungsvorlage diese letzteren mit Ausnahme derer in den bezirksteilen Städten beiziehen und auch die residirten Städte und großen Landgemeinden Bezirksoberbänken unterstellen will. Der Antrag Hößleman wurde abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen. § 100 bestimmt, daß die Bezirksoberbänke genügend vorgebildete Beamte einzukennen haben. Wie vorher schon in bezug auf die Gemeindebeamten wird ein unabhängiger Antrag, die Worte „genügend vorgebildete“ auf streichen, angenommen, und ein volksparteilicher Antrag, daß Wort „sozialistisch“ einzufügen, gegen die Bürgerlichen abgelehnt. Zu § 207 lag ein Antrag Liebmann vor, der dem Vorsitzenden des Bezirkstages die Leitung des Bezirks nach den Beschlüssen des Bezirkstages und des Bezirkstaatsausschusses übertragen will. Nach ausführlicher Ausführungen wurde der Antrag abgelehnt und der Paragraph nach der Vorlage angenommen. In der Gesamtabschlußbestimmung lebten die Bürgerlichen geschlossen das Gesetz ab, weil verschiedene Bestimmungen, die auf Antrag der USPD mit Hilfe der Kommunisten und der SPD angenommen worden waren, insbesondere die auf eine vollkommene Schwächung und Ausschaltung der Stellung des Gemeinderates und des Bürgermeisters hinzielten, die Lage der Gemeinden um so mehr zu beeinträchtigen gezeichnet sind, daß ihnen keinesfalls zugestimmt werden könnte. Daß in der vorangegangenen im Herbst vorausnehmenden zweiten Ausschüttung im Bereich einer wesentlich anderen Form annehmen wird, ist nach dem bisherigen Verhalten der Linksparteien kaum anzunehmen.

**\* Der Fall Dr. Grille.** Die „Dresdner Volkszeitung“ brachte im Anschluß an die Meldung über den Selbstmord der Rathenau-Attentäter Behauptungen, nach denen die Hände des Meuchelmordes in Dresden unter Zustimmung und Mitwirkung des Polizeipräsidenten Dr. Grille und der Mittwissenschaft der Dresdner Bürgerlichen Blätter gesponnen worden seien. Dazu ist festzustellen, daß der mehrheitssozialdemokratische Polizeipräsident Richter in Berlin erklärt hat, u. a. v. der Dresdner Polizei außerordentlich unterstützt worden zu sein. Der seines Amtes fürstlich entzogene Polizeipräsident Dr. Grille veröffentlicht jetzt eine Erklärung, in der er die Behauptungen der „Dresdner Volkszeitung“ als unerhörte Verleumdungen bezeichnet und sich alle weiteren Schritte vorbehält.

**\* Ein Gauner.** Gewarnt wird vor einem angeblichen Landwirt und ehemaligen Offizier Stucke, der durch Zeitungsinserate sich an einem gut rentierenden Fremdeheim oder dem gleichen Unternehmen zu beteiligen wünscht und von den sich meldenden Interessenten Gelder zu erlösen sucht. In dem einen Falle hat er 50 000 Mark erlangt. Der Gauner hielt sich bis jetzt in der Hauptstadt in Mitteldeutschland auf. Briefe schickte er sich vorläufig nach Eisenach, Bad Wildungen, Transfeld, Bremen, Bayern, Endenbach, Magdeburg und Halberstadt schicken.

**\* Teurer Honig.** Der Thüringer Landtag stellte fest, daß die diesjährige Honigperiode so schlecht ist, wie seit 30 Jahren nicht mehr. Der Preis für ein Pfund Honig ist auf 75 bis 80 Mark festgesetzt worden.

**\* Mauerziegelhöchstpreise für Westsachsen.** Wie für Sachsen ist auch für Westfalen ab 15. Juli wieder ein Höchstpreis festgelegt worden. Danach kosten bis auf weiteres 1000 Mauerziegel ob Werk frei Wagen in der Kreishauptmannschaft Leipzig 2400 Mark, in den Kreishauptmannschaften Chemnitz und Bautzen 2700 Mark. — **SK.** Die Kirchensteuer vom Einkommen ist abziesbar. Im Steuerauschluß des Reichstages wurde auf Antrag des Abgeordneten Wumm mit 15 Stimmen gegen die Sozialisten dem Reichskommissteuerergesetz die Bestimmung eingefügt, daß „Steuern an die in Art. 137 der Reichsverfassung genannten Körperchaften“, d. h. die Kirchensteuer von Gesamtbeiträgen der Einkünfte in Abzug zu bringen sind. Der Beschluss, der die kirchliche Arbeit damit als kulturell und ethisch wertvoll anerkennt, ist umso mehr zu begrüßen, als damit der erneut unter der parteipolitisch organisierten Arbeiterschaft einleitende Agitation durch die sozialistische Presse zum Kirchenaustritt lediglich der Kirchensteuer wegen begegnet wird.

**\* Strehla.** Die bissige Schuhengesellschaft hat die Würde des „Königs“ abgeschafft, dieelbe soll jetzt ab in einem Schuhmeister bestehen.

**Dresden.** Ein altes Dresdner Original ist mit dem Hinscheiden des grünen Dienstmannes Bobe verschwunden. Seit über 40 Jahren bestand die ganze Freude Bobes darin, am Vormittag die herrenlosen Lauben auf dem Neumarkt zu säubern. Es war ein eigenartiger Anblick, wenn bei dem Er scheinen des alten, bescheidenen Mannes hunderte von Lauben von den umliegenden Häusern des Neumarktes und der Frauenkirche herabgestürzt kamen, sich auf die Schultern Bobes setzten und ihm dort Futter aus der Hand trugen, das er häufig am eigenen Mund erwart hatte. Stets lammten sich Einheimische und Fremde um den guten Alten, und viele Amateure haben im Bilde die reizvolle Szene festgehalten, wie Vater Bobe als witzlicher alter Tierfreund gerecht und unparteiisch seinen Lieblingen Nahrung zuteilte.

**\* Dresden.** In der aktiven Gesamtausstellung wurde beschlossen, beim sächsischen Wirtschaftsministerium, bei der sächsischen Landespreisprüfungskommission, beim Fleisch- und Fettministerium und beim Reichsarbeitsministerium vorzeitig zu werden, damit sofort Maßnahmen gegen das fortgesetzte Steigen der Preise für die notwendigsten Lebensmittel, besonders für Butter, Milch, Käse Quark, Kartoffeln, Fleisch u. a. ergriffen werden.

**Dresden.** In einem Neustädter Hotel hatte sich der 21 Jahre alte, wegen Diebstahls polizeilich verfolgte, hier in der Marschallstraße wohnende Helmut Schmiegel unter falschem Namen eingeschrieben und verborgen gehalten. Sein Versteck war aber doch zur Kenntnis der Polizei gelangt, und als am Dienstag früh ein Kriminalbeamter sein Zimmer betrat und ihm die Verhaftung ankündigte, sprach er unter das Bett und bedrohte den Beamten mit dem Rufe „Hände hoch!“ Im selben Augenblick erdröhnte ein Schuß, den Sch. auf sich selbst abgegeben hatte. Er hatte sich tödlich getroffen und verstarb augenblicklich.

**Wilsdruff.** Die schon oft gerügte Unsitte vieler Frauen und Mädchen, bei der beruflichen Tätigkeit Stecknadeln in den Mund zu nehmen, führte dieser Tage in Wilsdruff zu einem schweren Unfall. Eine 35-jährige Steppnerin nahm beim Ausspecken von Motiven Stecknadeln in den Mund und verschluckte eine davon. Da sich die Nadel auf natürlichem Wege noch nicht aus dem Körper entfernt und große Schmerzen verursacht, zumal der Kasten den Körper durchwandert, wird ein operativer Eingriff vorgenommen werden müssen. Wölde dieser Vorfall allen Frauen zur Warnung dienen!

**\* Borna.** Ein Raubüberfall wurde am Montag abend auf einen von Borna nach Borsdorfsmühle zurückkehrenden Mann, auf der Landstraße hinter Borsendorf, verübt. Der Überfallene wurde durch Messerstiche so heftig verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Attentäter raubten ihm die Uhr, während sie den Rückfack mit darin befindlicher Geldbörse liegen ließen. Dagegen ließen sie das Fahrrad des Überfallenen zurück.

**Annaberg.** Die Nachbarstadt Scheibenberg kostete am Sonntag ihr 400jähriges Stadthübschum begegeben. Die Umgang der Witterung beeinträchtigte das in allen Teilen gut verlaufene Fest nur wenig. Die offizielle Feier wurde am Sonnabend durch einen Kapellenreich eingeleitet, dem sich ein

Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Weiske folgten eine Reihe von bedeutenden Glückwünschen und Überweisungen von Stiftungen und Geschenken. Der Bezirkssender stellte 10000 M. für die Altershilfe Scheibenberg, ebenfalls 10000 M. zum gleichen Zweck die fünf residirten Städte des Bezirks. Eine Standarte für den Sitzungssaal des Stadtgemeinderates schenkte die Verwaltung des Feengaswerkes. Insgesamt ergaben die Stiftungen den Betrag von 150000 M. Am Sonntag fand Gottesdienst, nachmittags Festzug und anschließend ein Festgottesdienst statt. Der Montag brachte vormittag ein Schulfest und abends ein Marktfest.

\* Unnötig. In der Fabrik der Herren Möller und Müller, die in ihrem Betriebe Kohlold verarbeitet, brach in der vorletzten Nacht, wahrscheinlich infolge Kurzschluss, ein Brand aus, der den ganzen linken Gebäudetrakt der Fabrik vernichtete.

**Lichtenstein-Gallnberg.** Ein Raubüberfall hat sich Montag abend in der 11. Stunde in der Alsbachischen Obstwirtschaft angegriffen. Drei maskierte Männer drangen mit hochrohrenen Revolvern in die Obststube ein, wo sich außer den Haushbewohnern noch eine betreuende Familie befand. Zwei der Einbrecher riefen: "Hände hoch!" und nötigten sämtliche Anwesenden, in die Küche zu treten. Dort wurden die männlichen Personen gefesselt, während der dritte Räuber die anderen Leute mit vor gehaltenem Revolver in Schach hielt. Die Gefesselten forderte man nur auf, sich mit in die oberen Räume zu geben und das dort aufbewahrte Geld herauszugeben. Da jedes Abholztheit, sich der Männer erwidern zu können, schüttete, gab man den Ort des Geldes an. Den Räubern fielen ca. 5000 M. in die Hände. Sie stellten dabei dem Haushalter gegenüber die Behauptung auf, leichter gehöre zur Organisation C und müsse nun dafür büßen. Die Verbrecher verlangten beim Verlassen des Hauses, daß sich die Überfallenen zehn Minuten lang ruhig verhalten, resp. sich nicht vom Platz bewegen sollten. Ein Benachrichtigen der Polizei werde sie die schwersten Folgen haben.

**Dörsnitz.** Das Elektrizitätswerk in Dörsnitz im Erzgebirge ist durch den Kohlenmangel gesperrt, bis auf weiteres keinen Betrieb an Sonn- und Feiertagen stillzulegen.

\* Leipzig. Nach einer Bekanntgabe des Polizeiamtes ist aus Anlaß des ersten deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes die Polizeikunde für die Zeit vom 21. bis 25. Juli von 1 Uhr auf 2 Uhr verlängert worden. Die Inhaber aller Schankstätten haben durch rechtzeitiges Heizabenddienst dafür Sorge zu tragen, daß ihre Wirtschaften während der Festtage spätestens um 2 Uhr nachts geräumt und geschlossen sind.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 20. Juli 1922.

### Ein versuchswise Moratorium.

Paris. "Chicago Tribune" behauptet, daß mit französischer Zustimmung die Reparationskommission versuchsweise ein Moratorium für Deutschland beschloß. Einzel-

heiten seien noch nicht bekannt. Die Dauer des Moratoriums werde elsig diskutiert. Die Franzosen wünschen es auf drei Monate zu beschränken, die Engländer es auf sechs Monate zu verlängern. Für ihre Zustimmung verlangten die Franzosen strenge alliierte Kontrolle der deutschen Finanzen, namentlich die alliierte Kontrolle sämtlicher wichtigen Finanzprojekte, bevor sie dem Reichstage zugehen und durchgeführt werden.

### Wolnische Wirtschaft.

\* Breslau. Der Eisenbahnbetrieb in Wolnisch-Oberschlesien funktioniert, obwohl seit der Übernahme durch die Polen schon einige Zeit verstreichen ist, immer schlechter. Wagenmangel und das Fehlen von Reparationswerkstätten sind wohl die Hauptursachen, die das Fehlen ist, daß die geforderten Kohlen nicht abtransportiert werden können und sich in ungehobenen Mengen ansammeln.

### Die Schlüsse des zum Tode verurteilten

Wilson-Mörder.

\* London. Bei der Verlesung des Todesurteils gegen die beiden Mörder des englischen Marchalls Wilson erklärte der Angeklagte Dunn: Ich habe im Felde gefangen und habe gekämpft für die Ideale, für die die alliierten Mächte angeblich in den Krieg zogen. Aber ich mußte sehen, daß dieses Versprechen gegenüber meinem eigenen Vaterlande nicht eingehalten wurde. Ich bin kein Mörder, denn ich habe die Tat aus edlen Gründen begangen und ich bin froh darüber, daß ich dies für mein Land tun durfte. Ich bin überzeugt, daß der Richter, der über meine Seele richtet wird, mich freispricht. Als der Richter nach der Verkündung des Todesurteils die in England vorgeschriebene Bemerkung hinzufügte: Möge der Herr über Seine gnädig sein, sagte Dunn: Das wird er bestimmt.

### Proteststreik gegen Korsanty.

\* Danzig. Die Gazeta Danska meldet: Der von den Sozialdemokraten propagierte Proteststreik gegen Korsanty wurde am Dienstag in Warschau durchgeführt. Nach öffentlichen Versammlungen bewehte sich ein Arbeitstreuz von etwa 15000 Mann in müßiggängerlicher Ordnung durch die Hauptstraße zu dem Sejmgebäude. Gegendenprotestationen der Freunde Korsantys fanden nicht statt, trotz der in der Rechtspresse erschienenen Aussforderung. Ebenso fand die Polizei keinen Anlaß zum Eingreifen.

### Bermisstes.

Eine Familientragödie. In der vorerstigen Nacht spielte sich in Braunschweig in dem Hause Paulstraße Nr. 47 eine Familientragödie ab. Die Familie des Arbeiters Luther, Mann, Frau und ein sechsjähriger Sohn, vergifteten sich durch Koblenzgas. Die Braunschweigische Landespolizei meldet, die Familie soll aus Durch vor Bestrafung der Mutter wegen Verbrechens gegen § 310 des Strafgesetzbuches in den Tod gegangen sein.

Ein Familienkram. Ein furchtbare Familienkram hat sich in Dortmund angegriffen. Die Frau eines

Oberpostdirektors, die in kündiger Furcht lebte, wie verschwieben ihrer Familienmitglied dem Arztstar zu verfallen, hatte ihren Mann schon seit langem gedrängt, sie zu erlösen, um sie vor diesem Schicksal zu bewahren. Als die Frau mit ihren Söhnen immer dringender und flehenlicher wurde, schoß der Mann ihr eine Kugel in den Kopf; dann brachte er sich selbst zwei Schüsse in den Kopf bei. Der Arzt konnte nur noch den Tod des Oberpostdirektors feststellen; die Frau wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht und in einigen Stunden nach der Tat auch gestorben.

Bei einem Brande in einem großen New-yorker Warenhaus, bei dem zahlreiche Explosionen erfolgten, wurden zwei Personen getötet und 30 verletzt. Nach den vorliegenden Berichten ist dieses der größte Brand seit dem Brande des Wizir-Cable-Gebäudes. Sämtliche New Yorker Bewohner waren an der Brandstelle versammelt.

Waffenfund bei Görlitz. Auf dem Mittergarten Meissberg bei Görlitz wurden in einer Grube im Garten 50 Handgranaten aufgefunden und von der Schupo beschlagnahmt.

Die kreisigen Briefträger. Am Sonntag ist es auf dem Döner Postamt zur Dienstverweigerung von Seiten der Briefträgerchaft gekommen. Ein Teil dieser Postbeamten lehnte es ab, am Sonntag Dienst zu tun bzw. Briefe auszutragen. Die Döner Post war infolgedessen genötigt, zum Ausdragen der Briefe Studenten heranzuziehen.

Falschmünzer entdeckt. In Frankfurt am Main wurde in dem Keller eines Hauses in der Kaiserstraße eine Falschmünzerwerkstatt entdeckt, in der vor allem 10000 Mark-Scheine hergestellt werden sollten. Falschmünzer ist der Malermeister Baumhöch. Er wurde verhaftet. Mehrere hundert Bogen sogenannter Grundstücke waren schon fertiggestellt.

Ein Teuerungskrawall. Der Berliner Volksangeler berichtet aus Mainz: Auf dem Mainzer Wochenmarkt fand es infolge der anziehenden Preise zu einem Teuerungskrawall. Ein Lehrer wurde bei dem Versuch, die Turmuhren zur Vernunft zu bringen, schwer mishandelt, erst der Volkstum gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Aus dem Eisenbahnhause geworfen. In der Nacht zum Mittwoch wurde auf der Strecke Leonis-Braunschweig ein altenreisender Deutscherfaner von zwei Männern überfallen, mishandelt und aus dem Zug geworfen. Er wurde von einem Bahnwärt ergriffen und mit einem Güterzug nach dem Krankenhaus transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Hochofenexplosion. In Couillet (Belgien) flog ein Hochofen in die Luft. Ein Arbeiter soll getötet sein, mehrere Arbeiter werden verletzt und 30 wurden schwer verwundet. — Aus weiteren Meldungen über die Explosion des Hochofens von Couillet geht hervor, daß ein Ingenieur und zwei Arbeiter getötet wurden und vier Verletzte ihren Verlegungen erlagen sind. 31 Arbeiter wurden durch das austreibende glühende Metall und die Flammen schwer verbrannt und mußten in das Hüttenkrankenhaus gebracht werden. Drei weitere Arbeiter werden vermisst.

Eleganter Kinderwagen, auf erhalten, zu verkaufen. Au erl. im Tagebl. Bielefeld.

2000 Stück

### Mauersteine

vom Abbruch Mäuschenhaus Salzbäck. Lc. u. Lb. Glas Beibain zu verkaufen. Näh. bei Vorarh. Weite.

An Stelle von Vinoleum auf alte, ausgelaufene Deckung zu verlegen habe noch

### Parkettkußboden

in verschiedenen Stärken und Holzarten abzugeben. Döbelner Parkettfabrik Julius Gröhl, Döbeln, Am Bahnhof. Fernruf 275.

2 fast neue Anzüge,

1 guter, überzieher,

1 dunkles Weite,

1 neuer Kinderm. und

1 fast neuer Kindert. sind

a. Sonntag s. v. in Nei-

Weida, Bielefeld-Z. 23.v.

Verkäufung v. 9 Uhr ab.

Guterhaltene

**Möbel**

aus Primitiv zu kaufen, gel. Lf. m. Preis u. X T 9173 an das Tageblatt Bielefeld.

Gebr. Buffet

zu verkaufen

Bismarckstraße 11a, 1. r.

Druckerei, Goethestraße 59.

Heizat mit ihm nach Triest zu senden. Acht Tage wird er auf diese Einwilligung warten, um sich dort in der Hafenstadt mit Dorchen trauen zu lassen. Triest deine Einwilligung zu dieser Zeit nicht ein, wird er sich mit Dorchen einschiffen und in Italien ohne deine Einwilligung die Ehe schließen, wo man ihm weiter keine Schwierigkeiten machen wird. Überhaupt wollte nichts unverhohlen lassen, um Dorchen zu beruhigen, und er erwartet von deiner Vaterpflicht, daß du seine Liebe hast, daß du deinem Kind nicht ausreißt fallen würden."

Überecht Bauer nahm den Brief, riß ihn mitten entzweit und warf ihn Andreas vor die Füße.

"Niemals," rief er außer sich, "gebe ich meine Einwilligung zu deiner Ehe! Ich fahre werde den beiden Verwandten nachreisen, die Dirne zurückbringen und ihren Galan der Polizei übergeben. Du aber wirst für immer mein Haus verlassen. Sofort!"

"Ich habe es ja bereits verlassen," antwortete Andreas mit einem erschütternden Klang in der Stimme, "damals bereits, als ich erkannte, daß mein Vater keine Liebe für und hatte. Nicht unsere Anwesenheit bedingt das Heimatsgefühl, das mich tief im Herzen wohnt, und das ist lange, lange gestorben, mein Vater."

Überecht Bauer sprach plötzlich etwas, was ihn unsicher fühlte machte. Wie Andreas die Worte: "Mein Vater sprach. Diese Verzweiflung, unendliche Liebe fließen darin mit, eine Liebe, wie sie Überecht Bauer kaum geahnt, und die ihn erschütterte. Er durfte nicht nachgeben, er mußte dem Sohne und dem starkbögigen Mädchen seine sichere Überlegenheit zeigen und den Entführer strafen, wie er es verdiente."

"Ich wünsche dich bei meiner Rückkehr nicht mehr hier zu treffen," sagte er zu Andreas.

"Überecht, du bist schrecklich," schluchzte Henriette auf. "Er ist doch dein einziger Sohn, der dich liebt hat. Da krafft dich selbst, wenn du ihn, den Großen, den Edlen, von dir habst."

Auch du," röhnte er auf, "auch du bist gegen mich, Henriette? Ach, das ist mehr, als ich ertragen kann."

Er sank vernichtet auf einen Stuhl und schaute mit einem seltsamen Blick die beiden jungen Menschenkind an, die sich weitesträckt in die Augen sahen. Was lag alles in diesem Blick? Überecht Bauer verstand es nicht, aber der Blick lösung wie eine Flamme in sein Herz und brannte dort in jähem Schmerz.

Andreas wandte jetzt abgerund den Blick von Henriette und sagte:

"Ich danke dir, Henriette, für deine Worte. Mein Vater hat recht, daß er mir älter ist. Ich muß es und tat es dennoch. Konnte ich dulden, daß Dorchen seinem Eigentum zum Opfer fiel? Einer ist gerade genug. Und dieser eine steht vor dir und ist bereit, die Apotheke zu übernehmen, Bauer. Ich bin einverstanden, alle meine eigenen Lebenswünsche fallen zu lassen, damit du Dorchen die Einwilligung zu ihrer Verbindung mit Immelmann gibst."

Henriette lächelte auf.

"Du darfst dich nicht opfern, Andreas! Es ist ein Verbrechen gegen dich selbst."

Sie war auf ihn zugesogen und hatte seine beiden Hände ergriffen. Andreas aber löste seine Hände aus den Ihren und sagte ernst:

"Es ist kein Opfer, Henriette, sondern eine Sühne."

Da flatterte dunkle Blut über ihr blasses Antlitz und sie trat schwiegend zurück.

Überecht Bauer sandte jetzt seine Sprache wieder.

"Durch die Polizei lasse ich das saubere Paar zurückholen," tönte er. "Auf dein Opfer pfeife ich! Geh, wohin du willst, du Entarteter, der du gegen deinen Vater Front machst. Ich kenne dich nicht mehr! Mein Sohn bist du gewesen!"

Keine Muskel zuckte in dem blässen Gesicht des jungen Arztes, als er einen Brief hervorzog, den er seinem Vater überreichte. "Ich habe es übernommen," sagte er, diesen Brief in deine Hände zu legen. Da Dorchen nicht mindig ist, es kostet dich Immelmann darin, deine Einwilligung zu ihrer

